

Zu Beginn der langen Aussprache erklärt Bürgermeister Dr. Storch nachdrücklich, dass nicht beabsichtigt war, die Skateranlage zu schließen. Dieser Eindruck sei in der Presseberichterstattung so entstanden. Es sei nie um das OB, sondern immer nur um das WIE gegangen, da die Gemeinde Eitorf möglicherweise haftungsrechtlich Probleme habe. Er bittet die Betreuerin der Gruppe, Frau Thelen, ihre Versicherungsunterlagen zur Verfügung zu stellen, damit die Sache bewertet werden könne. Die im Zuschauerraum sitzende Frau Thelen erklärt, dass nach heutiger Rückfrage ihrer Versicherung für die Nutzer des Innenbereichs Haftpflichtschutz sowohl für Personen- als auch Sachschäden bestehe.

Nachdem Herr Duldhardt darum gebeten hat, schildert Herr Weber den Sachverhalt.

Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung habe sich das Bauamt das Gelände angesehen. Der bereits mehrfach instand gesetzte Zaun sei nun wieder defekt. Außerdem hätten sich im inneren Bereich Personen aufgehalten. Teile der Skaterbahn hätten auf der Wasserfläche geschwommen. Im inneren Bereich sei teilweise gar kein Zaun vorhanden. So habe Gefahr bestanden, dass jemand zu Schaden komme. Aufgrund dessen habe man die Angelegenheit zur haftungsrechtlichen Prüfung an die Versicherung der Gemeinde gegeben. Nach deren Aussage könne dieser Zustand nicht beibehalten werden. Ein Versicherungsschutz bestehe so nicht. Hinsichtlich der Einzäunung des Beckens sei die Gemeinde Eitorf als Grundstückseigentümer in der Pflicht. Außerdem sah die Versicherung aufgrund der mitgesandten Fotos den Betrieb der Gerätschaften unter diesen Voraussetzungen als Problem an. Von dort aus wurde die Empfehlung ausgesprochen, die Anlage abzubauen und das Gelände zu verschütten oder anderweitig ausreichend zu sichern, beispielsweise mit einem Zaun in entsprechender Höhe. Aufgrund des Verlaufs in der Sache habe dann ein gemeinsames Gespräch stattgefunden, an dem auch Herr Roth von der Gruppe teilgenommen habe. Im Laufe des Gespräches sei auch nach einer TÜV-Abnahme o.ä. für die Skaterbahn gefragt worden. Bei der Gemeinde Eitorf würden beispielsweise Mitarbeiter extra geschult, um regelmäßig Gerätschaften an Kinderspielplätzen zu prüfen. Als eine Alternativlösung biete sich an, die innere Fläche an einen Verein zu verpachten. So sei die Gemeinde von haftungsrechtlichen Fragen entbunden. So sei der Stand kurz vor Ostern gewesen. Die Verwaltung wolle helfen, die Risiken müssten jedoch minimiert werden.

Herr Diwo ist der Meinung, dass die Skateranlage erhalten bleiben müsse, wobei sich die Frage stelle, an welchem Ort. Im übrigen fragt er nach den Kosten für den Zaun.

Herr Weber erklärt, dass im Innenbereich rund 100 Meter einzuzäunen sind und die Mindesthöhe 1,30 Meter betragen müsse. Eine Anfrage für einen Zaun mit einer Höhe von 1,75 Meter habe einen Preis von 1.200 Euro ohne Aufstellarbeiten ergeben.

Herr Diwo spricht weitere Aspekte an. U.a. geht er auf die Problematik einer Vereinsgründung ein. Er biete gerne an, eine Vereinssatzung auszuarbeiten, weist aber auch auf die nachfolgenden Probleme hin. So sei der Verein an vorgegebene Verfahrensweisen gebunden, müsse regelmäßige Versammlungen mit allen geforderten Formalitäten abhalten u.s.w.. Es stelle sich die Frage, ob die Jugendlichen hieran Interesse hätten.

Herr Müller regt an, Verhandlungen mit dem Gemeindefortsportbund aufzunehmen. Würde man das Areal verpachten, dürfe dies allenfalls zum symbolischen Preis von 1,00 Euro geschehen.

Herr Tandler zeigt sich verwundert, dass die Sache erst jetzt auf den Tisch kommt. Sowohl die Skaterbahn als auch das damit verbundene Jugendprojekt müssten unbedingt erhalten bleiben. In der Tat sei der Platz nicht glücklich und der Allgemeinzustand des Geländes seit Jahren sehr schlecht. Er schlägt vor, den JASA in einer Sondersitzung mit dem Thema zu befassen und auch einen Ortstermin vorzusehen.

Auf Frage von Herrn Pfister erklärt der Bürgermeister, dass er kein Patentrezept habe. So gelte es, verschiedene Möglichkeiten abzuklopfen. Fakt sei, dass die Anlage nicht auf jedem Belag stehen könne. Möglich wäre auch, Schilder aufzustellen mit Hinweisen zum Haftungsrecht. Wichtig sei vor allem, dass die Anlage haftungsrechtlich sauber betrieben werde und die Ge-

fahrenpunkte beseitigt würden.

Herr Duldhardt geht auf den vorliegenden Antrag auf Sondersitzung des JASA ein. Er als Vorsitzender habe hierzu noch keinen Terminvorschlag unterbreitet, weil verschiedene Dinge unklar sind, wie beispielsweise die Haftungsfrage und die Anforderungen der Versicherung. All dies sei verwaltungsseitig zu prüfen. Außerdem müsse man den Gesamtkomplex bei den Überlegungen berücksichtigen. Alles dies müsse dargestellt werden, damit der Ausschuss eine Beratungsgrundlage habe.

Herr Dehnert hält eine Sondersitzung dann für notwendig, wenn sich hier und heute gegen den weiteren Betrieb ausgesprochen würde. Da aber der positive Wille fraktionsübergreifend erkennbar sei, werde die ausführliche Erörterung in der JASA-Sitzung im Mai ausreichen.

Herr Diwo regt an, auch alternative Standorte – wie beispielsweise das Schoellergelände am Spinnerweg – in die Überlegungen einzubeziehen.

Um 19.55 Uhr unterbricht Bürgermeister Dr. Storch die Sitzung, um den Vertretern der Gruppe im Zuschauerraum Gelegenheit zu Fragen und Aussagen zu geben.

Die Betreuerin der Gruppe, Frau Thelen, schildert die Arbeit der Gruppe. Im Vordergrund stehe hierbei nicht das Skaten, sondern das Projekt an sich. Durch die Arbeit an der Anlage, die regelmäßigen Instandsetzungsarbeiten und das Zusammensein werde eine sinnvolle Freizeitgestaltung geboten, das Sozialverhalten gefördert und vieles mehr. Vor allem im Frühjahr, nachdem die Anlage in der Regel zwischen Oktober und März im Wasser gestanden habe, gebe es viel zu tun. Man sei haftpflichtversichert und werde der Gemeinde die Kopie des Versicherungsvertrages zukommen lassen. Die Versicherung habe bestätigt, dass unter diesen Voraussetzungen eine TÜV-Abnahme o.ä. an den Geräten nicht erforderlich sei, weil ständig am Gerät gebaut wird. Zur Zeit sei Eile geboten, da die Arbeiten nun vorangehen müssten. Es mache aber nur Sinn, weiterzumachen, wenn für die Gruppe auch eine Perspektive bestehe. Schließlich habe man kurz vor Ostern verschiedene Auflagen bekommen, damit die Anlage weiter betrieben werden könne. Innerhalb einer Woche sei sie aber nicht in der Lage gewesen, diese Dinge zu klären. Hierzu habe einfach die Zeit gefehlt. Zum Schluss ihrer Ausführungen plädiert Frau Thelen noch einmal für den jetzigen Standort. Von dort aus werde niemand belästigt.

Der Bürgermeister fasst die Ausführungen von Frau Thelen zusammen. Er gehe davon aus, dass es der Gruppe vordergründig nicht um das Skaten selber gehe, sondern vielmehr darum, auf dem Gelände weiter arbeiten zu können.

Unter Bezugnahme auf die in der Aussprache gemachten Ausführungen zu Nutzungen durch einen Verein erklärt Herr Kuhn, dass der Gemeindefortsportbund involviert ist. Frau Thelen sei vom Gemeindefortsportbund explizit für Jugendarbeit abgeordnet worden. Im Rahmen dieses Auftrages betreue sie nun das Projekt. Zu Zeiten, in denen er noch politisch aktiv gewesen sei, habe er schon selber Anfang der 90er Jahre einen Antrag gestellt, das Becken abzusichern und einen Zaun und eine Hecke zu errichten.

Um 20.04 Uhr setzt der Bürgermeister die Sitzung fort.

Auf Frage von Herrn Hatterscheid erklärt Frau Thelen, dass sie seitens der Gemeinde von Herrn Löhr angerufen wurde. Dieser habe sie gefragt, ob sie etwas dagegen hätte, wenn man das Becken zuschütten und die Geräte oben drauf stellt. Darauf hin sei sie hellhörig geworden und habe sich schlau gemacht. Schließlich habe sie noch eine Projektbeschreibung abgeben müssen. Das habe sie auch gemacht. Im Anschluss sei sie kurzfristig zu der Besprechung in das Rathaus eingeladen worden. Da sie selber aber verhindert gewesen sei, habe sie ihren Stellvertreter, Herrn Roth, gebeten, am Termin teilzunehmen.

Herr Duldhardt erklärt, dass ihm die Aussage von Frau Thelen auch bekannt sei. Auch im Rahmen seiner Funktion als Ausschussvorsitzender bittet er um eine dienstliche Erklärung von Herrn Löhr zu den Vorgängen zu Protokoll. Außerdem bittet er hinsichtlich des Versicherungsschutzes schnell Klärung zu schaffen. So sei bei der Versicherung zügig die Deckungsfrage hinsichtlich des Schnittpunktes Aktivität der Jugendlichen und Verkehrssicherungspflicht der Gemeinde kurzfristig herbeizuführen. Die Jugendlichen müssten umgehend wieder in die Lage versetzt werden, im Areal weiterzuarbeiten.

ten. Parallel hierzu sei die konzeptionelle Fragen des gesamten Geländes zu klären.

Erster Beigeordneter Ludwigs hält die vorgeschlagene Vorgehensweise mit einem Mitarbeiter der Verwaltung für unangemessen. Dieser sei heute nicht hier und könne sich nicht zur Sache äußern. Die Aussage von Frau Thelen möge bei ihr selber so angekommen sein, seiner Meinung nach stelle sich die Sache objektiv betrachtet allerdings anders dar.

Herr Weber schildert nochmals den zeitlichen Ablauf. Die kurzfristige Reaktion sei aufgrund der bevorstehenden Osterferien, in denen die Jugendlichen ggf. nicht greifbar gewesen seien, erfolgt. So habe sich Herr Roth dankenswerter Weise am Gespräch beteiligt. Im Gespräch sei es nicht um das Stellen von Bedingungen gegangen, sondern um die Suche nach möglichst schnellen Lösungen. Dieser Zeitdruck sei auch von Herrn Roth ins Spiel gebracht worden, da die Jugendlichen schnellstmöglich wieder in das Gelände wollten.

Frau Thelen erklärt aus dem Zuschauerraum, dass es ihr nicht darum gehe, Herrn Löhr einen Vorwurf zu machen. Er habe schließlich nur angefragt.

Herr Diwo ist der Meinung, dass man kurzfristig nur weiterkomme, wenn der größte Gefahrenpunkt im Innenbereich - Kopfseite des Beckens - kurzfristig gesichert werde.

Herr Weber schlägt darauf hin vor, dass die Gemeinde kurzfristig – in den nächsten Tagen – den Zaun beschafft, vorausgesetzt, dass die Jugendlichen diesen setzen würden. Unmittelbar nach Setzen des Zaunes darf im Gelände wieder gearbeitet werden. Nach Vorlage der Versicherungsunterlagen von Frau Thelen werde auch mit dem Gemeindeversicherer kurzfristig die versicherungsrechtliche Frage geklärt.

Bürgermeister Dr. Storch bestätigt zum Ende der Aussprache eine Wortmeldung von Herrn Dehnert und fasst noch einmal kurz die weitere Vorgehensweise zusammen. Die ersten Maßnahmen dienten dazu, der Skatergruppe wieder die Arbeit an der Anlage zu ermöglichen. Über alles andere werde in weiteren Schritten nachgedacht.

In diesem Sinne bestehe Einvernehmen, so der Bürgermeister. Er stellt fest, dass ein konkreter Beschluss in der Sache nicht gefasst wird und verzichtet daher auf eine Abstimmung.